

DEUTSCHER BUNDESTAG

15. Wahlperiode

Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union

(20. Ausschuss)

2. Juli 2003

Protokoll Nr. 22

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Protokoll

der 22. Sitzung

des Ausschusses für die

Angelegenheiten der Europäischen Union

am Donnerstag, dem 5. Juni 2003,

von 11:00 bis 13:00 Uhr

im Jakob-Kaiser-Haus, Saal 1.302

Vorsitz: Abg. Matthias Wissmann

Inhaltsverzeichnis:

	<u>Seite</u>
Tagesordnung.....	3
Anwesenheitslisten.....	4
Einzigter Punkt der Tagesordnung:	
Gespräch mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Romano Prodi.....	9

DEUTSCHER BUNDESTAG

15. Wahlperiode
Ausschuss für die Angelegenheiten
der Europäischen Union

Berlin, den 26.05.2003

Tel.: 34350.(Sitzungssaal)
Fax: 36491 (Sitzungssaal)

Mitteilung

Achtung!
Abweichende Sitzungszeit!
Abweichender Sitzungsort!

Die 22. Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union findet statt am:

Donnerstag, dem 05.06.2003, 11.00 bis ca. 13.00 Uhr
Sitzungsort: Jakob-Kaiser-Haus, Sitzungssaal 1.302
Die Sitzung ist öffentlich.

Wegen der geringen Platzkapazität für Besucher ist eine telefonische Anmeldung
im Ausschussesekretariat (Tel. 030/227-35653) unbedingt erforderlich.

Tagesordnung

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Gespräch mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Romano Prodi

zu den Themenschwerpunkten

- Beratungen des Europäischen Verfassungskonvents
- die wirtschaftliche Situation in Europa unter besonderer Berücksichtigung der transeuropäischen Netze und der Forschung

Matthias Wissmann, MdB
Vorsitzender

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Gespräch mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Herrn Romano Prodi

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass die nationalen Parlamente mitten im Ratifikationsverfahren für die Erweiterung der Europäischen Union stünden. Es werde im Deutschen Bundestag über Parteigrenzen hinweg eine breite Mehrheit für die Erweiterung der Europäischen Union geben. Europa befinde sich im Prozess der Entwicklung einer künftigen Architektur der Europäischen Union. Der Ausschuss wünsche, dass Europa vorankomme. Alle Mitglieder des Ausschusses seien an den Überlegungen des Kommissionspräsidenten zu notwendigen Impulsen für die Überwindung der Wachstumskrise in Europa interessiert.

Kommissionspräsident Prodi bemerkt einleitend, dass die direkten Dialoge zwischen nationalen Parlamenten und der Europäischen Kommission im Geist des Konvents verankert seien. Die nationalen Parlamente müssten für den Aufbau des neuen Europa und für die Veränderung der Verträge zusammenarbeiten. Alle politischen Akteure müssten gewährleisten, dass der Konvent erfolgreich sein werde, denn wenn der Konvent keine Lösung für die wichtigsten institutionellen Probleme liefere, werde es auch die Regierungskonferenz nicht können. Den Konvent gebe es nur, weil die Regierungskonferenz von Nizza gelähmt gewesen sei. Die zukünftige Regierungskonferenz müsse einen ausgeglichenen und ehrgeizigen Text ohne Alternativen erhalten. Der Konvent müsse zu einem Erfolg werden, um die guten Ergebnisse, die schon erreicht worden seien, zu erhalten: Ein wichtiges Ergebnis sei zunächst die Integration der Charta der Grundrechte in die Verfassung. Mit der Charta wurde deutlich gemacht, dass die Europäische Union mehr sei als nur ein Raum für den freien Verkehr von Waren und Menschen. Zugleich werde die Arbeit des ersten Konvents unter dem Vorsitz des ehemaligen Bundespräsidenten Herzog anerkannt. Die Europäische Union werde eine Rechtspersönlichkeit erhalten und die Verfahren würden weniger werden. Eine klare Kompetenzverteilung, eine Kontrolle des Subsidiaritätsprinzips durch die nationalen Parlamente, die Immigrations- und Asylpolitik, die Kooperation zwischen Gerichten, Polizei und anderen Organen sowie die Schaffung eines europäischen Außenministers seien weitere wichtige Punkte der Verfassung. Er wünsche sich ferner, dass der Außenminister zugleich Mitglied der Europäischen Kommission sein werde. Die Vorschläge von BM Fischer zur Ausgestaltung des Amtes des Außenministers seien sehr interessant. Dieser habe vorgeschlagen, dass ein diplomatischer Dienst an der Seite des Außenministers eingerichtet und in die Kommission integriert werden müsse. Die Europäische Union brauche keine doppelte Bürokratie. Die Kohärenz der Europäischen Union solle gewährleistet und der Ressorts optimiert werden. Die Irak-Krise sei eine Lehre für die Europäer gewesen, denn man habe gelernt, dass ein uneiniges Europa nicht zähle. Die Europäische Union müsse mit einer

starken und unabhängigen Stimme sprechen. Ein wirtschaftlicher Riese dürfe kein politischer Zwerg bleiben. Andernfalls werde die EU auf lange Sicht auch ein wirtschaftlicher Zwerg, weil dann nach und nach andere Länder die Wirtschaftsregeln diktieren würden.

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten müssten über das europäische Projekt diskutieren, sich engagieren und Kompromisse schließen. Vor allem die demokratische Legitimität und die Effizienz der Europäischen Union müssten gewährleistet werden. Im Hinblick auf die demokratische Legitimität gebe es Fortschritte, beispielsweise die Berücksichtigung der Wahlergebnisse des Europäischen Parlaments für die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission.

In Bezug auf das Haushaltsrecht gebe es eine Schwierigkeit: das Europäische Parlament habe zwar Kompetenzen bezüglich der Ausgaben, jedoch keine Kompetenzen im Hinblick auf die Einnahmen. Dies sei bei keinem anderen Parlament der Fall.

Es müsse noch geklärt werden, wer der Präsident des Europäischen Rates sein solle und welche Rolle er haben werde. Er wolle keine hinkende Demokratie, in der das Europäische Parlament starke Kontrollfunktionen gegenüber der Kommission habe, jedoch keine Kontrolle über den Rat und den Präsidenten des Rates. Die Europäische Kommission sei für einen Präsidenten nach dem Rotationsverfahren. Der Präsident wäre zwar dadurch eingegrenzt, aber die EU habe gute Erfahrungen mit diesem Verfahren gemacht. Er wünsche sich eine höhere Kontinuität im Rat, in dem der Vorsitzende als „Chairman“ die Arbeit des Europäischen Rates technisch koordiniere. Man brauche ein Gleichgewicht und verschiedene Zusammensetzungen des Rates.

Seine Priorität bei der institutionellen Reform sei die Abschaffung des Zwangs zur Einstimmigkeit. Das Vetorecht sei ein Instrument, das oft verwendet werde, um etwas anderes zu bekommen. Es stehe dem gemeinschaftlichen Geist entgegen. Die Europäische Union brauche einen Grundsatz der Entscheidung mit doppelter einfacher Mehrheit, das heiÙe, dass fünfzig Prozent der Staaten und fünfzig Prozent der Bevölkerung einverstanden sein müssten.

Die Machtverteilung müsse klar definiert werden. Die legislative Macht müsse in den gemeinsamen Händen des Parlaments und des Rates sein. In Bezug auf die Exekutive brauche die Europäische Union nur ein Organ, dies sei die Kommission. Die Europäische Union brauche einen Rat, der Leitlinien festlege, und eine Kommission, die die Rechtstexte vorschlage. Die Kommission müsse die gemeinsamen Interessen vertreten und im Herzen des gemeinschaftlichen Systems bleiben. Man brauche keine Institutionen, die in Konkurrenz zueinander stünden.

Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Angelegenheiten könne der Kommissar für Wirtschaft den Vorsitz der Eurogruppe übernehmen und die Europäische Union bei den internationalen Institutionen vertreten. Die europäische Wirtschaftspolitik sei bislang fragmentiert und führe zu einer schwachen EU, da wirtschaftliche Entscheidungen sehr schnell getroffen werden

müssten. Der Text des Präsidiums über die Wirtschaft beinhalte einige positive Punkte wie das Frühwarn-System für die Länder, die nicht nach den Leitlinien des Defizitverfahrens agierten. Die Europäische Union brauche eine schnelle Koordinierung zwischen den europäischen Ländern. In der Eurozone müsse man gemeinsam handeln und effizienter werden. Die Europäische Kommission erwarte eine Erholung der Wirtschaft, doch sei die Situation nicht so erfreulich, wie die Kommission es sich wünsche. In den ersten drei Monaten dieses Jahres sei das Wachstum schwächer als erwartet. Ein Wachstum von einem Prozent, wie es geschätzt worden sei, werde nicht realisiert. Er betone aber, dass dieses Wachstumsniveau erreicht werden könne. Die deutsche Wirtschaft sei die größte in Europa und die Europäische Kommission unterstütze die Agenda 2010, die ein großer Fortschritt für die Stärkung der Wirtschaftskraft Deutschlands sei.

Der Konvent müsse seine Arbeit erfolgreich abschließen. Er hoffe, dass die Regierungskonferenz effizient und kurz sein werde und dass die Referenden, die in einigen Beitrittsländern noch zu erwarten seien, positiv ausgehen würden. Die EU solle sich engagieren, um die Probleme, die durch die Irak-Krise entstanden seien, zu lösen. Es sei wichtig, diese Wunden zu heilen. Die Europäische Union brauche nicht nur einen guten Willen, sondern auch eine Harmonisierung der Institutionen, weshalb der Konvent wichtig sei.

Der **Vorsitzende** erklärt, dass er im Namen des Ausschusses am Vortage eine gemeinsame Position an die deutschen Konventsmitglieder geschickt habe. Zu den Forderungen des Ausschusses zähle die Stärkung des Präsidenten der Europäischen Kommission, den der Ausschuss als eine Schlüsselfigur für die Integrationsaufgabe Europas betrachte, sowie die Stärkung der demokratischen Kontrolle, die Transparenz im europäischen Prozess und der Ausbau der Haushaltskontrolle. Der Ausschuss befürworte eine größere Kontinuität im Rat. Die Entscheidung über den Vorsitz im Rat dürfe nicht zum Aufbau einer neuen Bürokratie führen. Das Einstimmigkeitsprinzip führe auf Dauer zur Bewegungsunfähigkeit in einer Fülle von Fragen. Der Ausschuss frage sich aber, ob die Kompetenzabgrenzung gelungen sei und ob die Rechte der nationalen Parlamente genügend beachtet seien. Der Ausschuss wolle keinesfalls eine Verschiebung der Entscheidung über den Verfassungsvertrag. Vielmehr solle in diesem Sommer eine Entscheidung des Verfassungskonvents erreicht und der Verfassungsvertrag während der italienischen Präsidentschaft unter Dach und Fach gebracht werden. Die Unterzeichnung solle im nächsten Jahr stattfinden, wenn die Beitrittsländer dabei seien.

Abg. Michael Roth (SPD) erinnert daran, dass es nicht das Geschenk der Regierungen gewesen sei, den Konvent ins Leben zu rufen. Vielmehr habe es erheblicher Anstrengungen der Parlamente bedurft. Er freue sich sehr, dass Kommissionspräsident Prodi die Rolle des Vorsitzenden des Europäischen Rates sehr zurückhaltend skizziert habe. Der Ratsvorsitzende

solle bei einer Europäischen Union der 25 Mitgliedstaaten gestärkt werden und längerfristig mit Management-Aufgaben betraut werden. Er solle aber über keine eigene Behörde verfügen und dürfe nicht zu einer Verkomplizierung der europäischen Entscheidungsabläufe beitragen. Die SPD-Fraktion sei für die Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament. Er bitte den Kommissionspräsidenten Prodi um Ausführungen, wie er sich im Hinblick auf die berechtigten Interessen der kleineren Mitgliedstaaten die Zusammensetzung der Kommission vorstelle und welches Rotationsprinzip die Handlungsfähigkeit und die Kompetenzen des Kommissionspräsidenten stärken könnten.

Kommissionspräsident Prodi antwortet, dass man auch mit einer großen Kommission Entscheidung treffen könne, wenn sie sehr gut organisiert sei. Man könne sich die Organisation der Kommission wie die einer nationalen Regierung vorstellen, bei der etwa 15 Mitglieder akzeptabel seien, so dass die Ressorts gut verteilt werden könnten. Man könne die Kommission aber auch in sieben oder acht Gruppen, etwa für die Sozial- und Wirtschaftspolitik oder die Außenpolitik, organisieren, so dass die Normen, die dort einstimmig akzeptiert würden, anschließend im Plenum angenommen würden, sofern kein Kommissar eine neue Diskussion für notwendig halte. Nach diesem System könne man auch arbeiten, wenn die Kommission aus mehreren Mitglieder bestehe. Fünfzehn Mitglieder könne die Lösung zu dem Problem der Effizienz der Kommission sein, aber gebe es ein Problem der politischen Vertretung. Gegenwärtig betrachteten die Mitgliedsländer „ihren“ Kommissar als ihre Verbindung zu Europa. Der Kommissar sei vor allem für die kleinen Länder die sichtbarste Verbindung zu Europa. Er habe Konventspräsident Giscard d'Estaing gesagt, dass die neuen Länder eine Vertretung haben müssten. Mit 20 Kommissaren könne man nach seiner Erfahrung wunderbar arbeiten. Deswegen sei er der Auffassung, dass ein Kommissar pro Land beibehalten werden solle. Wenn die Europäische Union sich nach einer gewissen Zeit konsolidiert haben sollte, könne man zu einem Rotationssystem übergehen. Wenn man über eine paritätische Rotation nachdenke, gebe es noch größere politische Probleme. Eine Kommission ohne Frankreich und Deutschland könne nicht effizient sein. In dieser historischen Phase sei er für eine große Kommission, in der kleine und große Länder vertreten seien. Die großen Länder hätten in Zukunft eine größere Verantwortung und wahrscheinlich eine Vertretung für die Außenpolitik.

Abg. Michael Roth (SPD) erklärt, dass ein Europa, das nicht in allen Politikbereichen mit Mehrheit entscheide, ein schwaches Europa wäre. Er fragt Kommissionspräsident Prodi, in welchen Bereichen es noch Probleme mit Vetorechten gebe. Er weist ferner darauf hin, dass der Bundestag den Vorschlag ablehne, dass nationale Parlamente eine eigene Kammer auf

europäische Ebene bilden sollten und stellt die Frage, welche Rolle die nationalen Parlamente zukünftig spielen könnten.

Kommissionspräsident Prodi antwortet auf die Frage nach den Vetorechten, dass es eine Klausel geben müsse, die der Europäische Union erlaube, in manchen Fällen mit Einstimmigkeit zu entscheiden, wie zum Beispiel in der Verteidigungspolitik, über den Beitritt eines neuen Landes oder über Steuerfragen. Hinsichtlich der zukünftigen Rolle der nationalen Parlamente spricht er sich gegen die Schaffung einer zusätzlichen Kammer aus. Die nationalen Parlamente sollten eine größere Rolle im europäischen Gesetzgebungsprozess spielen. Er sei für eine Versammlung der nationalen Parlamente, die sich nur für die Ratifizierung der Abkommen treffe, obwohl diese Lösung nicht wirklich realisierbar sei. Er unterstütze den Vorschlag der belgischen Regierung, dass ein Gremium für die Ratifizierung durch die Mitglieder der nationalen Parlamente geschaffen werden solle. Die Beteiligung der Parlamente an einer Ratifizierung sei ebenso wichtig wie eine Beschleunigung des Verfahrens.

Abg. Michael Stübgen (CDU/CSU) ist der Auffassung, dass der Kommissionspräsident nicht nur vom Europäischen Parlament gewählt, sondern auch vorgeschlagen werden müsse. Nur so könne man erreichen, dass sich europäische Parteien etablierten, die im Wahlkampf für die Europawahl mit einem europäischen Kandidaten auftreten. Auf eine mögliche Nominierung des Kommissionspräsidenten durch die europäischen Parteien angesprochen, weist **Kommissionspräsident Prodi** auf seine Initiative hin, wonach der Präsident der Europäischen Kommission vom Parlament vorgeschlagen werden solle. Dies habe das Europäische Parlament abgelehnt. Solange die europäischen Institutionen nicht politisiert würden, würden sie die Bürger nicht berühren.

Abg. Michael Stübgen (CDU/CSU) hat den Eindruck, dass der Verfassungsvertrag vorsehe, dass der europäische Außenminister in gleicher Weise dem Europäischen Rat unterstellt werde. Auf seine Frage, wie er sich die praktische Koordinierung der Arbeit des Außenministers mit der Kommission vorstelle, erklärt **Kommissionspräsident Prodi**, dass der Vertreter der Außen- und Sicherheitspolitik Mitglied der Kommission sein müsse, weil er mit dem Zivilschutz, humanitären Einrichtungen und Institutionen für Entwicklungshilfe zusammenarbeiten müsse. Dies seien Instrumente der Außenpolitik, die einen Teil der Aufgaben der Kommission darstellten. Der Außenminister müsse sein Mandat aber vom Rat bekommen, da es auch um Tätigkeiten des Rates gehe.

Abg. Michael Stübgen (CDU/CSU) macht darauf aufmerksam, dass der Bundestag, insbesondere die CDU/CSU-Fraktion, die in dem Entwurf des Verfassungskonventes vorgesehene Vergemeinschaftung der Einwanderungspolitik, einschließlich des Zugangs zum deutschen Arbeitsmarkt, kritisch sehe. **Kommissionspräsident Prodi** entgegnet, dass man sich bei der Frage der Einwanderungspolitik in einer sehr widersprüchlichen Situation befinde: während viele Länder meinten, dass die Einwanderungspolitik eine nationale Angelegenheit sei, seien andere Länder der Meinung, dass Europa nach Schengen eine gemeinsame Politik haben müsse. Die Vorschläge Großbritanniens zur Koordinierung einiger Aspekte dieser Politik seien es wert, untersucht zu werden. Die Europäische Union müsse gemeinschaftliche Regelungen zum Schutz der Außengrenzen schaffen. In den nächsten Monaten werde die Europäische Kommission Vorschläge für eine gemeinsame Visapolitik machen.

Abg. Michael Stübgen (CDU/CSU) erklärt, dass viele strukturschwache europäische Regionen aus der Ziel 1- oder Ziel 2-Förderung auf Grund der Tatsache herausfielen, dass das Bruttoinlandsprodukt in der EU mit dem Beitritt der zehn neuen Mitgliedsländer sinken werde. Es werde im Bundestag über einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion debattiert, wonach diese Regionen eine Anschlussregelung bekommen sollten. Im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union sei er für eine erneute Strukturierung der Vorbeitrittshilfe für Bulgarien und Rumänien. Er frage Kommissionspräsident Prodi, ob es diese beiden Länder bis zum Mai oder Ende nächsten Jahres schaffen würden, sowohl die Verhandlungen mit der Europäischen Union abzuschließen als auch die Regelungen umzusetzen, so dass der Beitrittsprozess bis spätestens 2007 abgeschlossen werden könne.

Kommissionspräsident Prodi ist der Überzeugung, dass Bulgarien und Rumänien 2007 beitreten werden, da die letzten Untersuchungen Fortschritte zeigten. Die EU müsse bis Oktober 2004 entscheiden, ob die Türkei die Kopenhagener Kriterien in der Praxis gewährleisten werde. Europa könne nicht unbegrenzt erweitert werden, ansonsten werde die EU eine Freihandelszone ohne Grenzen. Die Europäische Union habe nicht nur die Demokratie als Verbindung, sondern auch ihre Grenzen. Er habe ein Konzept vorgeschlagen, um die Anrainer der EU in ihre Nachbarschaftspolitik einzubeziehen: Ein „Ring der Freunde“, der den gesamten Halbkreis um die EU, von Russland bis Marokko, einschließe. Diese Länder würden bei der europäischen Freihandelszone und bei der Einwanderungsproblematik einbezogen. Man habe bereits erste Schritte unternommen, um in einen Dialog mit diesen Staaten einzutreten.

Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) ist froh, dass man im Deutschland und im Konvent von einer europäischen Verfassung spreche, die eine deutliche Qualitäts-

steigerung gegenüber den derzeitigen vertraglichen Grundlagen bedeute und die eine gemeinsame Wertebasis für eine wichtige europäische politische Union schaffe. Die FDP-Fraktion sei der festen Überzeugung, dass die Europäische Kommission das entscheidende europäische Exekutivorgan sein müsse. Sie sei für eine möglichst handlungsfähige Europäische Kommission mit 15 Kommissaren, die sich an europäischen, nicht vorrangig an nationalen Interessen orientiere. Im Hinblick auf den Ratsvorsitzenden unterstütze die FDP-Fraktion die Überlegungen im Ausschuss, für Kontinuität zu sorgen und die Rotation nach einem halben Jahr nicht fortzusetzen. Es dürfe keine Schwächung der Kommission im Verhältnis zum Rat geben. Auf die Frage nach der Chance auf einen Kompromiss zur Machtbalance zwischen Kommission und Rat antwortet **Kommissionspräsident Prodi**, dass der Vorsitzende des Rates keinen bürokratischen Unterbau haben dürfe. Am Anfang der Arbeit des Konvents habe er gesagt, dass eine einzige Person die Ämter des Präsidenten der Kommission und des Rates ausüben solle. Dies sei ein ernsthafter Vorschlag, der aber noch nicht realisierbar sei.

Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) erklärt, die FDP-Fraktion unterstütze die Vorschläge des deutschen Regierungsvertreters im Konvent, wonach es keine Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik durch die Europäische Union geben dürfe, sondern es bei der derzeitigen Koordinierung durch die Mitgliedstaaten bleiben solle. Auf ihre Frage, ob er diese Änderungsvorschläge unterstütze, erklärt **Kommissionspräsident Prodi**, dass er für die Koordinierung der Sozial- und Rentenpolitik durch die nationalen Regierungen sei.

Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) betont, dass die FDP-Fraktion es für richtig halte, dass die Eurostaaten in ihren Handlungsmöglichkeiten gestärkt würden, wie es in dem Entwurf des Verfassungstextes stehe. Sie befürworte im Hinblick auf die Verletzung des Stabilitätspaktes die Möglichkeit schnellerer Reaktionen. Wichtig sei auch, an den beschlossenen Stabilitätskriterien festzuhalten.

Kommissionspräsident Prodi fügt hinzu, dass eine Europäische Union mit einer Währung für ihre Stabilität auch eine gemeinsame Wirtschaftspolitik benötige.

Abg. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) macht darauf aufmerksam, dass die FDP-Fraktion für weitgehende Mehrheitsentscheidungen in allen Politikbereichen in der Europäischen Union sei.

Abg. Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hält es in Anbetracht der Tatsache, dass vielen Bürgerinnen und Bürgern die europäische Politik als zu bürokratisch erscheine, für wichtig, enge Kontakte zwischen den nationalen Parlamenten und europäischen Entscheidungsträgern zu schaffen. Der Ausschuss habe am 4. Juni 2003 einen Beschluss gefasst, in dem der Vorschlag gemacht worden sei, die Größe der Kommission nicht in der Verfassung zu verankern. Diese Festlegung solle dem Präsidenten der Kommission überlassen werden, um eine flexible Handhabung zu ermöglichen.

Kommissionspräsident Prodi findet diesen Vorschlag interessant. Dieser Vorschlag müsse aber sowohl vom Rat als auch vom Parlament akzeptiert werden.

Abg. Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe die Sorge, dass im dritten Teil der Verfassung immer noch viele Ausnahmeregelungen bezüglich des Mitentscheidungsverfahrens und der Abschaffung der Einstimmigkeit zu finden seien, insbesondere im Bereich der Sicherheits- und Außenpolitik. Die Bürgerinnen und Bürger wüssten zu wenig darüber, was im Konvent passiere. Sie fragt Kommissionspräsident Prodi, welche Kommunikationsstrategien die Kommission plane, um die Öffentlichkeit während der Regierungskonferenz und vor der Europawahl 2004 auf dem Weg zu einem transparenteren und demokratischeren Europa mitzunehmen.

Darauf antwortet **Kommissionspräsident Prodi**, dass es in Bezug auf die Nähe zu den europäischen Bürgern viele Missverständnisse gebe. Man dürfe Transparenz nicht mit Familiarität verwechseln. Die Europäische Union sei noch keine Familie. Man müsse für die Transparenz der Verfahren kämpfen, um diese Bürgernähe zu gewährleisten.

Der **Vorsitzende** erklärt, auf der einen Seite müsse Europa seine Aufgaben konzentrierter und effizienter wahrnehmen, auf der anderen Seite müsse man aber überlegen, ob neue Aufgaben auf die europäischen Ebene verlagert werden sollten. Die Sozialpolitik müsse auf der nationalen Ebene bleiben. In Bezug auf den Beitritt der Türkei fragt er Kommissionspräsident Prodi, was sein gegenwärtiger Eindruck hinsichtlich der Erfüllung des Kriterienkatalogs sei, den man beim Gipfel der Regierungs- und Staatschefs mit dem Präsidenten der Kommission aufgestellt habe.

Abg. Dr. Gerd Müller (CDU/CSU) fügt hinzu, er bedauere es, dass der Europäische Rat das Thema des Beitritts der Türkei sehr schnell behandelt habe. Insofern gebe es große Sorgen, den Kern Europas zu sprengen.

Kommissionspräsident Prodi weist darauf hin, dass die Entscheidung, dass die Türkei ein potenzielles Beitrittsland sei, überraschend schnell beschlossen worden sei. Um Verhandlungen mit der Union in die Wege zu leiten, müsse die Türkei die sogenannten Kopenhagener Kriterien erfüllen, die etwa das demokratische Zusammenleben, die Achtung der Minderheiten, die demokratische Gewaltenteilung und die Religionsfreiheit betreffen. Die Türkei habe durch ihre Gesetzgebung zahlreiche Schritte in die richtige Richtung unternommen, wie zum Beispiel die Abschaffung der Todesstrafe. Es gebe aber noch große Probleme im Hinblick auf die Rolle der Armee und die Gewaltenteilung. Es habe insofern Fortschritte gegeben, die aber noch in die Praxis umgesetzt werden müssten. Die Kommission werde weiterhin beobachten, ob diese gesetzgeberischen Schritte auch umgesetzt würden, und werde eine technische Stellungnahme über den Beitritt der Türkei abgeben. Sie werde bald einen präzisen Bericht erstellen.

Auf die Frage von **Abg. Günter Gloser (SPD)**, was die offene Koordinierung für die Kommission und das Parlament bedeute, erklärt **Kommissionspräsident Prodi**, dass die Europäische Union eine kohärente Politik brauche. Solange die EU keine ausreichenden Instrumente auf europäischer Ebene habe, müsse dies auf der Grundlage eines koordinierten und transparenten Systems auf Ebene der Mitgliedstaaten getan werden. Jedes Land könne entscheiden, ob es sich an der offenen Koordinierung beteilige. Bei Problemen, die bestimmte Länder betreffen, solle es keine offene Koordinierung geben.

Abg. Günter Gloser (SPD) fragt weiter, ob das Europäische Parlament seiner Vorstellung nach über die Steuerhoheit entscheiden dürfe und welche Auswirkung dies auf die nationalen Parlamente habe. Darauf antwortet **Kommissionspräsident Prodi**, dass das Europaparlament nicht über die Finanzmittel entscheiden dürfe, über die die Europäische Kommission verfüge. Der Prozess, den Margaret Thatcher mit ihrer Forderung „I want my money back“ eingeführt habe, sei fast ein legitimer Prozess. Aber die europäischen Institutionen müssten finanziert werden, um leben zu können. Eine Steuerhoheit könne zum Beispiel in Bezug auf eine Umweltsteuer für Europa bestehen. Dann hätte auch das Europaparlament Verantwortung wahrzunehmen. Die Finanzmittel müssten demokratisch zur Verfügung gestellt werden, eine Ausgabensteigerung solle es nicht geben.

Abg. Günter Gloser (SPD) macht darauf aufmerksam, dass Kommissionspräsident Prodi im Handelsblatt vom 30. Mai 2003 im Hinblick auf den Entwurf, den Konventspräsident Giscard d'Estaing vorgelegt habe, gesagt habe, dass der Text trotz all der harten Arbeit, die investiert worden sei, eine Vision und Ehrgeiz vermissen lasse. Er fragt daher, ob er sich auf den nächsten Konvent verträste oder ob er noch Hoffnung für die letzten Wochen habe.

Kommissionspräsident Prodi bestätigt dieses Zitat. Der Konvent sei eine einzigartige Gelegenheit, um Europa langfristig gestalten zu können. Dazu brauche man visionäre Gedanken.

Abg. Dr. Gerd Müller (CDU/CSU) betont, dass der Bundestag den Realismus des Kommissionspräsidenten in seiner Einschätzung der Kommission schätze. Er selbst sei für einen Kommissar für jedes Land und eine gewisse Balance zwischen den Institutionen.

Abg. Dr. Claudia Winterstein (FDP) möchte wissen, ob Kommissionspräsident Prodi schon Vorschläge habe, wie das Haushaltsrecht funktionieren solle und ob das Europäische Parlament über ein Initiativrecht verfügen werde.

Abg. Angelica Schwall-Düren (SPD) erinnert an den gemeinsamen Brief der Staats- und Regierungschefs von Frankreich, Großbritannien und Deutschland an die Kommission im Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie. Darin hätten diese angemahnt, dass es eine Definition von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse geben müsse. Sie möchte wissen, welche Perspektive Kommissionspräsident Prodi für die Umsetzung der in dem Grünbuch Daseinsvorsorge gemachten Vorstellungen habe.

Kommissionspräsident Prodi antwortet, die Vorschläge Deutschlands und Frankreichs im Hinblick auf die staatliche Daseinsvorsorge seien hilfreich gewesen. Das Grünbuch sei nicht zuletzt auf dieser Grundlage erstellt worden. Es solle nicht um Privatisierung, sondern um die zentralen Elemente der Daseinsvorsorge unter Achtung der Tradition der Mitgliedstaaten gehen. Das Grünbuch Daseinsvorsorge halte am Wettbewerb ebenso wie am absoluten Recht auf Daseinsvorsorge fest, das Teil der nationalen Identität und der Kultur der Länder sei. In dem Grünbuch seien die Unterschiede in den Mitgliedstaaten berücksichtigt worden, zum Beispiel die Landesbanken in Deutschland. Banken des öffentlichen Rechts seien eine typisch deutsche Angelegenheit, die in Deutschland eine besondere Rolle spielten. Die Kommission wolle diese Banken am Leben erhalten und ihre Wirkung nicht beeinträchtigen, da Sparkassen auch die Geschichte eines Landes widerspiegeln.

Abg. Joseph Göppel (CDU/CSU) bittet Kommissionspräsident Prodi, die Programme der ländlichen Entwicklung nicht in eine integrierte Strukturpolitik zu überführen. Die europäischen Programme im ländlichen Raum hätten viel segensreiches bewirkt, weil sie einen nachhaltigen Ansatz verfolgten.

Abg. Rainer Fornahl (SPD) weist darauf hin, dass die Entwicklung einer Verkehrsinfrastruktur in koordinierender und finanzieller Hinsicht eine zentrale Aufgabe sei. Das europäische Netz der Verkehrsinfrastruktur sei erst in Bruchstücken entstanden. Die Aufgabe, bis 2015 rund 250 Mrd. € in den Mitgliedstaaten und in den Beitrittsstaaten zu investieren und damit das Netz zu realisieren, sei eine sehr große Herausforderung. Die bisherigen europäischen Mittel zu Finanzierung der transeuropäischen Netze über TEN- und EFRE-Töpfe (Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung) reichten nicht aus. Er fragt, ob man eine konzentrierte Realisierung von Projekten unter europäischer Flagge durch eine Konzentration der Mittel in Angriff nehme.

Kommissionspräsident Prodi erklärt, dass man insofern die Haushaltsdisziplin beachten, aber gleichzeitig zu einem wirtschaftlichen Aufschwung kommen müsse. Zwei Kapitel müssten vertieft werden: die Europäische Investitionsbank, die durchaus Mittel zur Verfügung stellen könne, und transeuropäische Netze. Diese transeuropäischen Netze dienten der Schaffung des einheitlichen Markts und der Forschung, da Europa ansonsten nicht mehr lange wettbewerbsfähig bleibe. Der Stabilitätspakt müsse respektiert werden, doch müssten mögliche Ressourcen mobilisiert werden. Die Prioritäten der Europäischen Kommission beträfen öffentliche Investitionen und Privatinvestitionen, gerade was Forschung und Entwicklung angehe.

Abg. Thomas Silberhorn (CDU/CSU) unterstreicht, dass mit der Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament ein wesentlicher Fortschritt im Hinblick auf die demokratische Legitimität erzielt werde. Was die Auflösung der Kommission angehe, erscheine die Möglichkeit einer Selbst-Auflösung der Kommission effizienter als die existierenden formalisierten Verfahren. Aus seiner Sicht sei ein effizienter Mechanismus für die Ablösung der Kommission ein Instrument, um Vertrauen in die demokratische Legitimation zu schaffen. Auf die Frage, wie er sich solche Verfahren vorstelle, antwortet **Kommissionspräsident Prodi**, dass gegenwärtig das Parlament die Kommission auflösen könne, dass aber umgekehrt die Kommission das Parlament nicht auflösen könne. Dieses System sei asymmetrisch. In der institutionellen Struktur des Rates und auch der Kommission müsse es Vorrechte geben, die denen des Parlaments ähnlich seien. Es sei richtig, dass ein Parlament immer das Recht habe, ein Misstrauensvotum auszusprechen.

Auf die Frage des **Abg. Thomas Silberhorn (CDU/CSU)**, wie die Zuständigkeit zwischen dem Kommissionspräsidenten und dem Europäischen Außenminister abzugrenzen sei, führt **Kommissionspräsident Prodi** aus, dass der Außenminister keine getrennte Zustimmung durch das Parlament erhalten könne, denn über ihn müsse – wie bei einem Kommissar - im

Parlament abgestimmt werden. Der Kommissar werde dem Parlament vorgestellt, anschließend gebe es die Abstimmung. Ein ähnliches Verfahren müsse es auch für den Außenminister geben.

Abg. Thomas Silberhorn (CDU/CSU) betont, dass es große Fortschritte beim Frühwarn-Mechanismus und bei der Subsidiaritätskontrolle durch die nationalen Parlamente gebe. Er habe aber Bedenken, ob die Subsidiaritätskontrolle im Hinblick auf die Justiziabilität ausreichend sei. Es sei sinnvoll, dass die nationalen Parlamente insbesondere im Fall einer Kompetenzüberschreitung ein Klagerecht bekämen. Wenn die Kommission eine Initiative für einen Rechtssetzungsakt ergreife, bei dem die nationalen Parlamente der Auffassung seien, dass damit in die nationalen Rechtsetzungskompetenzen eingegriffen würde, müssten die nationalen Parlamente in der Lage sein, den Europäische Gerichtshof mit dieser Streitfrage zu befassen. Auf die Frage nach einem Klagerecht der nationalen Parlamente antwortet **Kommissionspräsident Prodi**, dass er eine Stärkung des Europäischen Gerichtshofs sowohl in der Außenpolitik als auch bei internen Angelegenheiten befürworte.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass sich der Ausschuss wünsche, dass die 25-Staaten-Union demokratischer, handlungsfähiger, effizienter und subsidiaritätsorientierter sein werde. Er wünscht Kommissionspräsident Prodi viel Glück bei der Bewältigung der schwierigen Aufgaben im Interesse der Europäischen Union.

Ende der Sitzung: 13.00 Uhr

Matthias Wissmann, MdB
Vorsitzender